Infobrief Kinderfreundliche Kommunen e.V. September 2026

Liebe Interessierte,

im Dezember laden wir zur Fachtagung „Kinderrechte, eine kommunale Zukunftsaufgabe“ nach Berlin ein. Gemeinsam wollen wir diskutieren, wie Kommunen Kinderrechte auch in finanziell und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten wirksam umsetzen und langfristig verankern können. Die Tagung greift damit eine Frage auf, die uns auch in den vergangenen Monaten begleitet hat: Wie können Kinderrechte in kommunalen Strukturen und Entscheidungen nachhaltig gestärkt werden?

Wie vielfältig die Wege dorthin sind, zeigen die Entwicklungen in unseren Kinderfreundlichen Kommunen. In den vergangenen Monaten konnten zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise wichtige Meilensteine feiern: Neue Siegel wurden übergeben, bestehende Siegel verlängert und mit Bad Fallingbostel eine weitere Kommune in das Programm aufgenommen.

Doch unser Team war auch außerhalb der Kinderfreundlichen Kommunen viel im Sinne der Kinderrechte unterwegs. Beim Bundesnetzwerktreffen in Wismar ging es um aktuelle Fragen der Kinder- und Jugendbeteiligung und den fachlichen Austausch. In Ettelbrück, Luxemburg, diskutierten wir gemeinsam mit Akteur_innen aus Luxemburg über Wege zu einer Kinderfreundlichen Stadt. Einen Blick über Deutschland hinaus bietet außerdem unser Beitrag zur Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ in der Schweiz und in Liechtenstein.

Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen, spannende Einblicke und neue Impulse. Und vielleicht sehen wir uns im Dezember bei unserer Jahrestagung in Berlin!

Inhaltsverzeichnis

Neues aus dem Verein

- Jahrestagung der Kinderfreundlichen Kommunen: Kinderrechte als kommunale Zukunftsaufgabe
- Ettelbrück auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Stadt
- Bundesnetzwerktreffen „Kinder- und Jugendbeteiligung“ in Wismar 2026
- KfK in der Presse

Neues aus den Kommunen

- Siegelverlängerung Landshut
- Zukunftswerkstatt Kitzingen
- Siegelübergabe Angermünde
- Halbzeitgespräch Marzahn-Hellersdorf
- Siegelübergabe Ludwigsfelde
- Zukunftswerkstatt Hohenhameln
- Siegelübergabe Bad Tabarz
- Zukunftswerkstatt Neuwied
- Vereinbarungsunterzeichnung Bad Fallingbostel
- Halbzeitgespräch Germering

Personalien

- Vorstellung der Sachverständigen Christina Kruse und Stefan Brost
- Willkommen im Team, Martha Puls

Internationales

- Die Wirkung der Initiative “Kinderfreundliche Gemeinde” in der Schweiz und in Lichtenstein

Jahrestagung der Kinderfreundlichen Kommunen: Kinderrechte als kommunale Zukunftsaufgabe



Wie können Kommunen auch in finanziell und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten die Rechte junger Menschen wirksam umsetzen? Dieser Frage widmet sich die Fachtagung „Kinderrechte, eine kommunale Zukunftsaufgabe“ am 8. Dezember 2026 in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin.

Die Veranstaltung setzt ein klares Zeichen: Kinderrechte sind kein freiwilliges Zusatzthema, sondern ein zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Kommunalentwicklung. Gerade angesichts knapper Kassen und vielfältiger Krisen besteht die Gefahr, dass die Perspektiven von Kindern und Jugendlichen aus dem Blick geraten. Dabei entscheiden die heutigen Weichenstellungen maßgeblich über die Zukunft von Städten, Gemeinden und Landkreisen.

Im Mittelpunkt der Tagung stehen drei zentrale Zukunftsfragen:

- Wie können Kinderrechte in kommunalen Haushalten sichtbar werden und bei finanziellen Entscheidungen stärker berücksichtigt werden? Vorgestellt werden neue Ansätze, mit denen Kommunen Kinderrechte als Querschnittsaufgabe in Planung und Steuerung verankern können.
- Wie kann Kinder- und Jugendbeteiligung inklusiver und vielfältiger gestaltet werden? Erfahrungen aus Burgdorf, Hannover und Weilerswist zeigen, wie Beteiligungsprozesse für junge Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten geöffnet und ihre Stimmen stärker gehört werden können.
- Wie sind Kinderrechte und Demokratieförderung miteinander verbunden? Anhand von Praxisbeispielen aus Germering, Haan und Mannheim wird deutlich, wie Beteiligung, Mitbestimmung und Vertrauen in demokratische Institutionen gestärkt werden können, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, die bislang nur schwer erreicht werden.

Die Tagung richtet sich an Politik, Verwaltung und Fachkräfte aus Kommunen und bietet darüber hinaus einen exklusiven Austausch für (Ober-)Bürgermeister_innen und Landrät_innen zu aktuellen Herausforderungen der Kinderrechtsumsetzung. Sie knüpft an die langjährige Arbeit des Vereins Kinderfreundliche Kommunen an, der seit 2012 Städte, Gemeinden und Landkreise bei der nachhaltigen Verankerung von Kinderrechten begleitet.

Hier können Sie sich anmelden und finden weitere Informationen zum Programm: Jahrestagung 2026: Kinderfreundliche Kommunen

Willkommen im Team, Martha Puls!

Seit Anfang September unterstützt Martha Puls, die bereits 2023 bis 2024 ihren Freiwilligendienst im Verein absolvierte, das Team als studentische Mitarbeiterin im Bereich der Webredaktion und Öffentlichkeitsveranstaltung. Sie studiert aktuell Geschichte und Germanistik an der Universität Potsdam und freut sich darauf, die Umsetzung der Kinderrechte in den Kommunen (wieder) zu unterstützen und sichtbar zu machen.

Marthas Kontaktdaten: kommunikation@kinderfreundliche-kommunen.de

Ettelbrück auf dem Weg zur kinderfreundlichen Stadt: Dominik Bär zu Gast in Luxemburg



© UP_Foundation

Wie kann eine Stadt den Bedürfnissen und Rechten von Kindern besser gerecht werden? Diese Frage stand im Mittelpunkt der Konferenz „Ettelbréck um Wee zu enger kannerfrëndlecher Stad“, zu der die UP_Foundation gemeinsam mit dem Service Enfance der Stadt Ettelbrück Mitte Juni eingeladen hatte. Gemeinsam mit Bürgermeister Bob Steichen, Luxemburgs Bildungs-, Kinder- und Jugendminister Claude Meisch sowie weiteren Expert_innen diskutierte unser Geschäftsführer Dominik Bär über Wege zu einer Kinderfreundlichen Kommune, die Kinder als eigenständige Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt.



© UP_Foundation

Nach Grußworten von Bürgermeister Bob Steichen und Luxemburgs Bildungs-, Kinder- und Jugendminister Claude Meisch setzte unser Geschäftsführer Dominik Bär mit einer Keynote internationale Impulse für die Diskussion. Im anschließenden Podiumsgespräch standen vor allem die Fragen im Mittelpunkt, wie Kinderrechte auf kommunaler Ebene gestärkt, Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen und die Perspektiven von Kindern systematisch in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen werden können.


© UP_Foundation

Die Veranstaltung machte deutlich, dass kinderfreundliche Städte nicht nur sichere und lebenswerte Räume für junge Menschen schaffen, sondern auch Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Ein zentrales Fazit des Abends lautete: Kinder wissen oft sehr genau, was sie brauchen. Aufgabe von Politik und Verwaltung ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ihre Stimmen gehört werden.



© UP_Foundation

Der Podcast ist hier abrufbar:
https://open.spotify.com/episode/6yffzeYYt5jR0FlSxI01NY?

Bundesnetzwerktreffen „Kinder– und Jugendbeteiligung“ in Wismar 2026

Mit zwei eigenen Fachsessions brachte sich der Verein Kinderfreundliche Kommunen beim diesjährigen BundesNetzwerktreffen Kinder- und Jugendbeteiligung in Wismar aktiv in die bundesweite Fachdiskussion ein. Gemeinsam mit Fachkräften, Moderator_innen und Trainer_innen aus dem gesamten Bundesgebiet diskutierten wir zentrale Fragen zur Weiterentwicklung kommunaler Beteiligungspraxis.

Im Mittelpunkt unseres Beitrags stand die Frage, wie gesetzliche Vorgaben zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene wirksam in kommunalen Strukturen verankert werden können. Unter der Leitfrage „Was braucht es, um die Gesetzeslage zur Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene ("Kann-", "Soll-" oder "Mussregelung") in der kommunalen Praxis umzusetzen?“ tauschten sich die Teilnehmenden über Erfolgsfaktoren, Herausforderungen und notwendige Rahmenbedingungen aus. Deutlich wurde: Verbindliche Strukturen, ausreichende Ressourcen und politische Unterstützung sind entscheidend, damit Beteiligung nachhaltig gelingt. Darüber hinaus stellten wir Ergebnisse des Fördervorhabens „Kommunale Beteiligung inklusiv und divers“ vor. Gemeinsam diskutierten wir, wie Beteiligungsangebote so gestaltet werden können, dass sie möglichst viele Kinder und Jugendliche erreichen und deren unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen.

Das vom Deutschen Kinderhilfswerk begleitete Netzwerktreffen war als moderierter Open Space angelegt, in dem die Teilnehmenden ihre Themen selbst einbringen konnten. So entstanden zahlreiche Arbeitsgruppen zu aktuellen Fragestellungen der Kinder- und Jugendbeteiligung. Die Themen reichten von der Beteiligung neurodivergenter Kinder über Extremismusprävention und Deradikalisierung bis hin zur strukturellen Verankerung von Jugendforen.

Die Ergebnisse und vereinbarten Handlungsschritte wurden zum Abschluss dokumentiert und allen Teilnehmenden zur Verfügung gestellt. Für uns bot das Treffen wertvolle Impulse, neue Kontakte und einen wichtigen Raum, um Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam an einer wirksamen, inklusiven Kinder- und Jugendbeteiligung in den Kommunen weiterzuarbeiten.

KfK in der Presse (Auswahl)

Wachtberg
Gemeinde Wachtberg setzt sich für die Rechte von Kindern und Jugendlichen ein
Blick aktuell
12.06.2026

Krefeld
So kommt Krefeld bei der Kinderfreundlichkeit voran
Rheinische Post
16.06.2026

Ludwigsfelde
Familien wollen gerne in Ludwigsfelde bleiben, aber es fehlen bezahlbare Wohnungen
Märkische Allgemeine
02.07.2026

Mannheim
Mannheim startet als Pilotkommune: Wie Kinder Demokratie im Alltag erleben
Wochenblatt Reporter
08.07.2026

Regensburg
Kinder– und Jugendbeirat feiern Jubiläum
Stadt Regensburg
28.07.2026

Haren
Spielplätze in Haren umgestaltet—Kinder durften Wünsche äußern
NDR
06.08.2026

Schwelm
Schwelmer Kinder setzen Kinderrechte kunstvoll um
Stadt Schwelm
07.08.2026

Dormagen
Jugend soll mehr Mitsprache erhalten
DORMAGO
11.08.2026

Haan
Stadt Haan wertet Freiflächen auf
Stadt Haan
31.08.2026

Neuwied
Neuwied baut Ferienangebote für Grundschulkinder aus und startet Befragung
NR-Kurier
28.08.2026

Hanau
Hanauer Unternehmer Dr. Jürgen Heraeus feiert 90. Geburtstag
Gelnhäuser Neue Zeitung
02.09.2026

Angermünde
Kinderschutzwoche der Stadt Angermünde: Gemeinsam Verantwortung übernehmen
Reiseland Brandenburg
03.09.2026

Hannover
Was Kinder und Jugendliche Hannover mit auf den Weg geben
Stadt Hannover
17.09.2026

Siegelverlängerung Landshut



Der Verein Kinderfreundliche Kommunen verlängerte am 04.07.2026 das Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ für die Stadt Landshut um weitere drei Jahre. Damit würdigt der Verein den zweiten Aktionsplan, mit dem die Stadt die nachhaltige Verankerung der Interessen von Kindern und Jugendlichen in der Verwaltung sowie auf der gesamten lokalen Ebene fortsetzt.

Die Stadt Landshut nimmt bereits seit 2020 am Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ teil und wurde 2022 mit dem Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ ausgezeichnet. Mit dem zweiten Aktionsplan hat Landshut sich dazu entschlossen, den Weg zu mehr Kinderfreundlichkeit weiter zu beschreiten und wird die kommenden drei Jahre diesen Aktionsplan umsetzen.

Oberbürgermeister Dr. Thomas Haslinger betonte im Zuge der Siegelverlängerung: „Wir sind stolz darauf, dass unsere Familienstadt Landshut ‚Kinderfreundliche Kommune‘ bleibt. Wir betrachten das Siegel als Lob, aber auch als Ansporn, die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen in Landshut immer mitzudenken. Das umfasst aktive Beteiligung, sei es im Rahmen von Spielplatzerneuerungen, bei denen Kinder vorab miteinbezogen werden, Stadtteilbegehungen oder durch Vorschläge der gewählten Vertreter des Jugendbeirats. Die jungen Landshuterinnen und Landshuter sind unsere Zukunft. Kinderrechte sind eine Querschnittsaufgabe und sollen noch stärker in Verwaltung, Politik und Gesellschaft verankert werden. Diese wichtige Arbeit und Vernetzung aller Akteure soll auch weiterhin fortgeführt werden, denn damit investieren wir auch jenseits der Bildungsinfrastruktur in das Landshut von morgen.“

Zukunftswerkstatt Kitzingen

Am 01.06.2026 lud die Stadt Kitzingen ins vor einem knappen Jahr eröffnete Haus für Jugend und Familie zu zwei parallel stattfindenden Zukunftswerkstätten ein. Eine richtete sich an Erwachsene und Jugendliche, die andere speziell an Kinder. Ziel war es, auf die bisherigen Erfolge des ersten Aktionsplans „Kinderfreundliche Kommune“ zurückzublicken und gemeinsam neue Wege zu entwickeln, wie junge Menschen noch aktiver in städtische Entscheidungen eingebunden werden können.

Bürgermeister Tobias Volk eröffnete die Veranstaltung und betonte die bisherigen Erfolge Kitzingens bei der Kinderrechteumsetzung. In den anschließenden Workshops wurden Ideen gesammelt, wie Beteiligungsformate wirksamer gestaltet, Radwege ausgebaut und die Errungenschaften der Kinderrechteumsetzung stärker in die Öffentlichkeit getragen werden können.

Kitzingen hat bereits zahlreiche Meilensteine erreicht: Die Spielleitplanung wurde auf den Weg gebracht, der Kinderrechtepfad eröffnet und Plätze für Jugendliche im öffentlichen Raum wurden aufgewertet. All das geschieht immer mit intensiver Beteiligung der jungen Menschen selbst, wie sich auch wieder in den Zukunftswerkstätten zeigte.

Die Zukunftswerkstätten boten für Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Gelegenheit, diese Erfahrungen auszutauschen, konkrete Handlungsfelder für die nächste Phase zu identifizieren und den Dialog zwischen Verwaltung, Politik und jungen Menschen nachhaltig zu stärken.

Siegelübergabe Ludwigsfelde



Im Rahmen des „School's Out Open Air", das den offiziellen Start in die Sommerferien markiert, wurde die Stadt Ludwigsfelde am 08.07.2026 mit dem Siegel „Kinderfreundliche Kommune" ausgezeichnet. Damit würdigt der Verein Kinderfreundliche Kommunen die Verabschiedung eines Aktionsplans, der die kommunale Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zum Ziel hat.

Bürgermeister Andreas Igel betonte: „Eine zukunftsfähige Stadt entsteht nicht über die Köpfe junger Menschen hinweg, sondern gemeinsam mit ihnen. Deshalb ist es uns in Ludwigsfelde wichtig, Kinder und Jugendliche aktiv einzubeziehen, ihre Ideen ernst zu nehmen und ihnen echte Mitgestaltung zu ermöglichen. Mit dem Aktionsplan ‚Kinderfreundliche Kommune' setzen wir diesen Anspruch konsequent um. Unser Ziel ist es, die Rechte, Bedürfnisse und Perspektiven junger Menschen dauerhaft in kommunalen Entscheidungen zu verankern und Ludwigsfelde gemeinsam mit ihnen weiterzuentwickeln."

Besonders hervorzuheben ist die geplante Aufnahme der UN-Kinderrechtskonvention in die Hauptsatzung der Stadt. Damit macht Ludwigsfelde deutlich, dass das Kindeswohl und die Rechte von Kindern und Jugendlichen bei kommunalen Entscheidungen verbindlich mitgedacht werden sollen. Ebenso wichtig ist die Einrichtung einer bzw. eines unabhängigen Kinder- und Jugendbeauftragten als zentrale Anlaufstelle und starke Stimme für junge Menschen in der Stadt. Ebenso lässt das geplante Konzept für die Kinder– und Jugendbeteiligung Beteiligung in der Stadt verlässlicher gestalten.

Halbzeitgespräch Marzahn-Hellersdorf

Kinder- und Jugendbeteiligung sowie Gewaltprävention stehen im Mittelpunkt

„Wir haben auch einige Folien vorbereitet und erklären kurz, was wir als Kinder- und Jugendparlament so machen." Mit diesem Satz starteten zwei Mitglieder der Kinder- und Jugendvertretung in Marzahn-Hellersdorf die Vorstellung ihres Gremiums. Sie berichten über Aufgaben und Erfolge, wie ein eigenes Budget und ein Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss, formulieren aber auch deutlich ihre Ziele und Wünsche an die Erwachsenen, wie ein zukünftiges Antragsrecht in der Bezirksverordnetenversammlung. Die Stärkung des Jugendgremiums ist als eine der zentralen Maßnahmen im Aktionsplan benannt, die Begleitung erfolgt durch das Bezirksamt sowie das Kinder- und Jugendbüro.

Die Beauftragte gegen Gewalt, Mobbing und Diskriminierung des Bezirks Marzahn-Hellersdorf berichtete in einem zweiten Teil des Halbzeitgespräches von ihren Aufgaben. Im Rahmen ihrer Tätigkeit bietet sie derzeit die Beratung von Kindern und Jugendlichen zu Mobbing, Gewalt und Diskriminierung (Sekundärprävention) sowie die Kontaktausnahme zu Schulen und Vernetzung mit Einrichtungen (Primärprävention) an. Sie formuliert die Vision, dass es neben Kinderschutzkonzepten ebenfalls Gewaltschutzkonzepte geben soll. Marzahn-Hellersdorf sollte aus ihrer Sicht mehr Ressourcen für Prävention - vor allem Primär- und Sekundärprävention, damit nicht nur Tertiärprävention (beispielsweise Inobhutnahmen) stattfindet.



Siegelübergabe Angermünde

Am 04.07.2026 war es endlich soweit: Die Stadt Angermünde wurde für ihren Aktionsplan, der die kommunale Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zum Ziel hat, mit dem Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ ausgezeichnet.

Bürgermeisterin Ute Ehrhardt betonte: „Mit großer Freude und Dankbarkeit nimmt die Stadt Angermünde heute das Siegel ‚Kinderfreundliche Kommune‘ entgegen. Diese Auszeichnung ist weit mehr als ein Symbol – sie ist ein Versprechen. Ein Versprechen an alle Kinder und Jugendlichen unserer Stadt, ihre Rechte, Bedürfnisse und Perspektiven ernst zu nehmen und ihnen Raum zu geben, Angermünde aktiv mitzugestalten.“

Besonders hervorzuheben ist die bereits etablierte Kinder- und Jugendbeauftragte, die als zentrale Ansprechpartnerin die Interessen von Kindern und Jugendlichen bündelt und als Brücke zwischen jungen Menschen, Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft wirkt. Gleichzeitig entwickelt die Stadt einen kommunalen Beteiligungsleitfaden, der Orientierung schafft und Beteiligung künftig noch stärker in Entscheidungsprozessen verankert. Mit dem Theaterprojekt ‚Kinderrechte auf der Bühne‘ werden Kinderrechte zudem nicht nur vermittelt, sondern gemeinsam erlebt und gestaltet.

Zukunftswerkstatt in Hohenhameln zwischen Realität und Fantasie

Kommunikation mit Briefkästen oder einem Intergalaktischen Informationsdienst

In elf Ortschaften der Gemeinde Hohenhameln können Kinder und Jugendliche ihre Rückmeldungen, Beschwerden und Ideen in Briefkästen werfen. Diese Post wird von den entsprechenden Ortsräten entnommen, bearbeitet, und in der kommenden Ortsratssitzung erfolgt eine Rückmeldung. Mit dieser innovativen Idee hat die Gemeinde Hohenhameln eine von den Teilnehmenden der Zukunftswerkstatt als „sehr beeindruckende Maßnahme für eine dezentrale Beteiligungsmöglichkeit im ländlichen Raum“ benannt und den Innovationsgeist und das Engagement vor Ort gelobt.

Mit noch weiterführenden Ideen konnte in der Visionsphase der Zukunftswerkstatt das Thema der Kommunikation aufgegriffen, um Informationen für Kinder und Jugendliche noch zielgerichteter und treffsicher zur Zielgruppe zu bringen. Ein sogenannter „Sternschnuppen-Informationsdienst“ mit einer individuell-gesteuerten Informationsauswahl war eine der fantasievollen Überlegungen, aber auch ein Kiosk als realer Versorgungsoption mit einer digitalen Meet-and-Greet Funktion für spannende Begegnungen und Gespräche wurde als Gedanke formuliert, der sich einer hohen Beliebtheit erfreute.

Neben der Zielgruppe Erwachsene/Jugendliche waren auch Kindern aus verschiedenen Ortschaften in die Tagesveranstaltung der Zukunftswerkstatt eingebunden. Mit den Ergebnissen, Anregungen und Einschätzungen wird sich die Kommune nun in die Erarbeitungsphase eines zweiten Aktionsplanes begeben.

Siegelübergabe Bad Tabarz



Bad Tabarz zeigt eindrucksvoll, dass die Größe einer Kommune kein Maßstab für die Umsetzung von Kinderrechten ist: Die Gemeinde wurde am 23.08.2026 für ihren Aktionsplan, der die kommunale Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention zum Ziel hat, mit dem Siegel „Kinderfreundliche Kommune“ ausgezeichnet.

Bürgermeister David Ortmann betonte: „Die Entwicklung unserer Gemeinde als Kinderfreundliche Kommune ist eine unserer zentralen Aufgaben. Kinder sind auf unsere Unterstützung angewiesen. Wir wollen alles dafür tun, dass es ihnen gut geht, dass sie lernen und Spaß haben, dass sie sich frei entfalten und gut entwickeln können. Das ist eine Aufgabe für die ganze Gemeinde. Wichtig ist nämlich nicht nur die Infrastruktur – sondern auch die Geisteshaltung."

Von der Verbesserung der Verkehrssicherheit über vielfältige Beteiligungsformate bis hin zur strukturellen Verankerung der Kinderrechte im Verwaltungshandeln hat die kleinste Kommune, die bislang mit dem Siegel ‚Kinderfreundliche Kommune‘ ausgezeichnet wurde, einen vielfältigen und überzeugenden Aktionsplan auf den Weg gebracht. Besonders hervorzuheben sind die vielfältigen Beteiligungsmöglichkeiten – von partizipativen Projekten in Kindertageseinrichtungen, über den Jugendbeirat bis hin zur Mitwirkung junger Menschen in der Öffentlichkeitsarbeit.

Zukunftswerkstatt Neuwied



Am 20.06. fand im Jugendzentrum Big House in Neuwied die Zukunftswerkstatt für Erwachsene und Jugendliche statt. Hierzu kamen rund 20 Vertreter_innen aus Verwaltung, Politik, Kitas, sowie Jugendliche des Jugendbeirats, der Blindenschule und weitere zusammen. Am Tag zuvor fand eine Kinder-Zukunftswerkstatt statt, deren Ergebnisse hier eingebracht wurden.

Neuwied hat schon viel erreicht: So konnte u.a. eine belastbare Datengrundlage zur Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen für weitere Planungen geschaffen werden, mit Programmen und Aktionen wurden im Bereich der Armutsbekämpfung und Teilhabe aller Kinder und Jugendlicher gute Grundlagen geschaffen und die Maßnahme „Frag doch mal den Bürgermeister“ wird inzwischen regelhaft durchgeführt.

Die teilnehmenden Jugendlichen brachten frische und konkrete Ideen ein, wie zukünftig eine lebendige Vermittlung von Informationen und kommunalen Neuigkeiten für junge Menschen aussehen und eine bessere Teilhabe von Blinden und Sehbehinderten in Neuwied gewährleistet werden können. Nun gilt es in der Kommune Strukturen festzuschreiben und zu ergänzen, um die Umsetzung der Kinderrechte noch nachhaltiger zu gewährleisten.

Vereinbarungsunterzeichnung Bad Fallingbostel



Am 25.08.2026 unterzeichnete Rolf Schneider, Bürgermeister der Stadt Fallingbostel, eine Vereinbarung zur verbindlichen Zusammenarbeit mit dem Verein Kinderfreundliche Kommune.

Bad Fallingbostel reiht sich mit diesem Schritt in eine wachsende Zahl engagierter Kommunen ein. Die Stadt ist nach Algermissen, Bad Bentheim, Bad Pyrmont, Burgdorf, dem Landkreis Friesland, der Landeshauptstadt Hannover, Haren (Ems), Harsum, Hemmoor, Hohenhameln, Hude, Lamspringe, Lehre, Nordhorn, Papenburg, dem Landkreis Schaumburg, dem Landkreis Stade, Wedemark, Wittingen, Wolfsburg und Zeven bereits die 22. Kommune in Niedersachsen, die sich offiziell dem Programm „Kinderfreundliche Kommunen“ anschließt.

Nun wird die Stadt einen Aktionsplan erstellen, um junge Menschen in Bad Fallingbostel besser zu schützen, zu fördern und zu beteiligen.

Bürgermeister Rolf Schneider betonte die Bedeutung dieses Vorhabens für die Zukunft der Stadt Bad Fallingbostel: „Kinder und Jugendliche verdienen unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie sollen in einer Stadt aufwachsen, die ihnen Sicherheit, Entwicklungsmöglichkeiten und echte Mitbestimmung bietet. Deshalb haben wir uns entschieden, den Weg zur Kinderfreundlichen Kommune einzuschlagen. Damit setzen wir ein klares Zeichen für Familien und investieren nachhaltig in die Lebensqualität unserer Stadt. Kinderfreundlichkeit ist für uns kein einzelnes Projekt, sondern ein grundlegender Maßstab für kommunales Handeln und eine Investition in die Zukunft Bad Fallingbostels.“

Halbzeitgespräch Germering



Am 09.06.2026 fand im Rathaus der Stadt Germering das Halbzeitgespräch statt, um sich über bisherige Entwicklungen, Erfahrungen und besondere Herausforderungen bei der bisherigen Umsetzung des ersten Aktionsplans auszutauschen. Teilnehmende waren Akteur_innen aus Politik und Verwaltung, der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit, Angehörige des Jugendbeirates sowie Vertreter_innen des Vereins und die Sachverständigen. Im Halbzeitgespräch wurde eine überaus positive Zwischenbilanz gezogen.

Der mit dem Aktionsplan erfolgreich wieder eingesetzte Jugendbeirat berichtete über seine sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit in der bisherigen Umsetzungszeit mit starker öffentlicher Präsenz und einer großen Akzeptanz und Unterstützung durch die Stadt.Die Kommune konnte u.a. von einer gut funktionierenden ämterübergreifenden Zusammenarbeit zur Umsetzung der Kinderrechte berichten, von großen Fortschritten beim Thema jugendgerechter Stadtraum sowie von gut etablierten Kinder- und Jugendsprechstunden mit dem Bürgermeister.

In der zweiten Umsetzungshalbzeit gilt es, auf den bisherigen Erfolgen aufzubauen, Kinder und Jugendliche weiterhin aktiv zu beteiligen und dafür zielgruppen- und altersgerechte Informationsangebote zu schaffen. Durch strukturelle Maßnahmen – wie die Etablierung der neuen Kinder- und Jugendbeauftragten sowie die Einrichtung eines Kinder- und Jugendbüros, gilt es umzusetzen, bzw. zu festigen.

Stefan Brost: Sachverständiger für Bernau bei Berlin



Stefan Brost, geboren 1985, ist Verkehrsplaner im Stadtentwicklungsamt des Berliner Bezirks Pankow. Da Pankow Kinderfreundliche Kommune ist, gab es für Stefan Brost schon vor seiner Sachverständigentätigkeit Berührungspunkte mit dem entsprechenden Programm. Zudem war er bereits mit der Kinder- und Jugendbeteiligung in der Verkehrsplanung vertraut.

Stefan Brost ist es ein Anliegen, Kindern mehr eigenständige und sichere Mobilität zu ermöglichen. Für ihn ist es eine spannende Herausforderung, sein technisches und planerisches Fachwissen mit den Bedürfnissen der jüngsten Verkehrsteilnehmer_innen zu verknüpfen. Die langen Planungs- und Umsetzungshorizonte seiner Arbeit sind jungen Menschen kaum vermittelbar und eine große Hürde. Aus seiner Sicht sind pragmatische und zeitnahe Ansätze, wie die Schaffung von städtischen Quartieren ohne Kfz-Durchgangsverkehr (Kiezblocks) notwendig, um die Lücke zwischen langfristiger Stadtentwicklung und akuten Bedarfen junger Menschen zu schließen.

Stefan Brost freut sich über die Begleitung der Kommune Bernau, die ihm durch seine wohnliche Nähe vertraut ist. Er plant sein Fachwissen einzubringen mit dem Ziel, ein sicheres kind- und familiengerechtes Lebensumfeld zu schaffen.



Christina Kruse: Sachverständige für den Landkreis Stade

Christina Kruse, Jahrgang 1985, ist Gesundheitswissenschaftlerin (Master of Science in Public Health) und seit einigen Jahren in der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen Bremen e.V. in Hannover tätig. Zu ihren Schwerpunkten gehören die strukturelle Armutsprävention für Kinder sowie die kommunale Begleitung im Programm „Präventionsketten in Niedersachsen: Gesund aufwachsen für alle Kinder“.

Über die stärkere Einbindung von Landkreisen in kommunale Programme konnte sie das Vorhaben „Kinderfreundliche Kommunen“ genauer kennenlernen. Sie schätzt sowohl das systematische Vorgehen als wichtige Voraussetzung für nachhaltige kommunale Veränderungen, als auch die konsequente Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen Prozessphasen. Für eine umfassende Umsetzung der Kinderrechte sind für Christina Kruse eine weitreichende Zusammenarbeit und gemeinsamen Haltungsentwicklung von Politik, Verwaltung und Institutionen wichtige Gelingensfaktoren. Dies sei ein herausfordernder, aber auch chancenreicher Prozess.

In der Begleitung des Landkreises Stade freut sie sich darauf, Erfahrungen aus ihrer Kommunenberatung einbringen zu können und so die Umsetzung des kürzlich im Kreistag beschlossenen ambitionierten Aktionsplans zu begleiten.

Die Wirkung der Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ in der Schweiz und in Lichtenstein



Kinderrechte werden dort konkret, wo Kinder leben. In der Gemeinde oder Stadt entscheidet sich, ob Kinder sichere Wege nutzen können, passende Freizeitangebote finden, ihre Meinung einbringen können und ihre Perspektiven bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden. Genau hier setzt die Initiative „Kinderfreundliche Gemeinde“ von UNICEF Schweiz und Liechtenstein an.

Seit 2006 begleitet UNICEF Gemeinden in der Schweiz auf ihrem Weg zu mehr Kinderfreundlichkeit, seit 2018 auch Gemeinden in Liechtenstein. Inzwischen tragen 78 Gemeinden das Label „Kinderfreundliche Gemeinde“ – von kleinen Gemeinden bis zu großen Städten. Der Prozess nimmt dabei unterschiedliche Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen in den Blick und verbindet Standortbestimmung, Beteiligung, konkrete Ziele und Maßnahmen sowie deren Evaluation.

Dabei zeigt sich, wie vielfältig Kinderfreundlichkeit in der kommunalen Praxis aussehen kann. In Reinach wurden beispielsweise Spielplätze saniert und eine eigene Kinderwebseite eingerichtet, die Informationen in einfacher Sprache zugänglich macht. Genf verbindet Kinderrechte mit Inklusion, Schutz und Beteiligung und schafft unter anderem niedrigschwellige Angebote für Kinder und Familien. In Locarno werden Kinder und Jugendliche frühzeitig in die Planung öffentlicher Räume einbezogen. Das kann Prozesse zunächst anspruchsvoller machen, führt aber zu Lösungen, die besser auf die Bedürfnisse junger Menschen abgestimmt sind.

Kinderfreundlichkeit ist damit mehr als ein gutes Angebot für Kinder. Sie betrifft Raumplanung, Bildung, Freizeit, Gesundheit, Verwaltung und politische Entscheidungsprozesse. Kinder und Jugendliche bringen eigene Perspektiven und Ideen ein und können ihre Gemeinde aktiv mitgestalten. Gleichzeitig profitieren Kommunen von dieser Sichtweise und entwickeln Lösungen, die ihren Lebensort für alle Generationen verbessern können.

Wie Kinderrechte auf kommunaler Ebene sichtbar werden und was sich durch den Prozess zur „Kinderfreundlichen Gemeinde“ verändern kann, zeigt das neue Video von UNICEF Schweiz und Liechtenstein. Es nimmt Beispiele aus der Schweiz und Liechtenstein in den Blick und macht deutlich: Das Label ist nicht das Ziel, sondern ein sichtbares Zeichen für einen kontinuierlichen und nachhaltigen Prozess.

Zum Video „Wo Kinderrechte wirken – «Kinderfreundliche Gemeinde»“:
YouTube-Video ansehen

Impressum
Kinderfreundliche Kommunen – Verein zur Förderung der Kinderrechte in den Städten und Gemeinden Deutschlands e.V.
Vereinsvorsitzende: Anne Lütkes | info@kinderfreundliche-kommunen.de | www.kinderfreundliche-kommunen.de
Geschäftsstelle: Höninger Weg 104 | 50969 Köln | Tel. +49 (0)221-93650-0
Büro Berlin: Leipziger Straße 119 | 10117 Berlin | Tel. +49 (0)30-20219213

Falls Sie diesen Newsletter fälschlicherweise erhalten haben bzw. den **Newsletter nicht mehr erhalten wollen**, schreiben Sie bitte eine E-Mail an info@kinderfreundliche-kommunen.de.